

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 5500.— M., bei Selbstabholung 5000.— M., Durch die Post bezogen 4000 M., Einzelnummer 250.— M.,— Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24598, Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721, **Postfachkonto Nr. 53477.**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig, Telefon 18693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24598

Inseratenpreise: Die 10 gelbte Kolonelle oder deren Raum 350.— M., bei Platzvorkauf 425.— M.; Familienanzeigen von Privaten, die 10 gelbte Kolonelle 130.— M., — Reklame-Kolonelle 1800.— M., Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das erste Hunderttausend überschritten.

11 Uhr vormittags: 1 Dollar = 105 500 Mark.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Der Dollarstand von mehr als 100 000 ist die Frucht der vollkommen unfähigen Politik, die das Kabinett Dr. Cuno als Vorspann der bestehenden Klasse in Deutschland trieb. Als Dr. Wirth zurücktrat, stand der Dollar auf 7800. Am 10. Januar, am Tage vor Beginn des Ruhrmarsches, schenkte er auf 10 000 hinaus, um am Ende des Januar vorübergehend knapp 50 000 zu erreichen. Dann folgte die in jeder Hinsicht unzulängliche Stützungsaktion ein, die zu dem vollständigen Zusammenbruch führte, und um nunmehr die Refortbildung von 105 000 Mark pro Dollar, der in Friedenszeiten 4,20 Mark kostete, zu erzielen.

Wahrlich eine Glanzleistung für das Kabinett der „Nachleute“. Den Gipfel der Unverschämtheit aber ersteigen die L. R. N., die in ihrem heutigen Leitartikel in Erwiderung auf die Ausführungen des Genossen Liebmann im „täglichsten Landtag“ erklären, nicht die Reichspolitik sei schuld an dem Zusammenbruch, sondern die Ause der einseitigen Unabhängigen: Unterzeichnen! Unterzeichnen! Der Kurs der Erfüllungspolitik vermochte den Dollar nur auf die Höhe von 7000 zu steigern, und erst als dann die Politik, die alle die nationalistischen Hege seit Jahren wünschten, einsetzte, wurde das erreicht; was durch die Politik der Sozialisten bis zum Januar 1923 zum Vorteil des deutschen Volkes verhindert werden konnte. Erst als das Kabinett der Schwerindustriellen in die Arena trat und als die Erfüllungspolitik in jeder Hinsicht sabotiert wurde, trat der vollständige Zusammenbruch ein. Wenn jetzt unter dem Beweis dieser Tatsachen bürgerliche Streifen noch immer den Mut aufbringen, derartige Vorwürfe zu erheben, dann ist das mit parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr abzutun.

In einer Anwandlung von Selbsternüchterung haben die L. R. N. feinerzigt erklärt, daß es die Schwerindustriellen gewesen seien, die bei dem vollständigen Versagen der Dollaranleihe der Abwehrfront, die erst durch die Sabotage der Schwerindustrie notwendig wurde, den Dolchstoß versetzt hätten. Die Schwerindustriellen, also die führenden Schichten der bestehenden Klasse, haben die Stützungsaktion unmöglich gemacht. Und gerade die letzten Verhandlungen vor dem Untersuchungsaußschuß des Reichstages haben erneut bewiesen, wie selbst die führenden Kreise der deutschen Finanzpolitik unfähig waren, die Dinge zu meistern. Wir werden niemals über die Ursachen des Zusammenbruchs der Stützungsaktion reiflichen Aufschluß erhalten. Die bestehende Klasse hat noch immer Solidarität geübt, um die schwersten Anklagen gegen sich selbst abzuwehren. Daß aber an den Ereignissen des 18. April, dem Tage des Zusammenbruchs der Stützungsaktion, die bestehende Klasse, ganz gleich welche Kreise, den entscheidenden Anteil hat, darüber kann es heute keinerlei Zweifel geben.

Dazu kommt die geradezu verbrecherische Steuerpolitik, die von den Parteien der Besitzenden im Reichstage getrieben wurde. Dadurch erst war die maßlose Steigerung der Schuldenlasten des Reiches möglich und wenn heute der Dollar die Hunderttausend überschritt, dann ist das der glänzendste Beweis für den Zynismus der bestehenden Klasse, die sich weigerten, auch nur einen kleinen Beitrag für die Subsidien aufzubringen, die von Seiten des Reiches den Schwerindustriellen im Ruhrgebiet geleistet wurden. Dadurch erst flogen die Schuldenlasten des Reiches auf über 11 Billionen und dadurch wurde der vollständige Zusammenbruch vorbereitet.

Aber gerade die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, wie schließlich die Reparationspolitik der Sozialisten den vollständigen Zusammenbruch hätte aufhalten vermocht. Und gerade gegenwärtig ist das Kabinett Cuno drauf und dran, nach diesen verhängnisvollen Umwegen auf die von den Sozialisten vorgezeichnete Reparationslinie zurückzuführen.

Die bestehenden Klassen haben gezeigt, daß sie unfähig sind, die von ihnen selbst aufgeworfenen Probleme zu meistern, und es ist ein Zeichen ihrer vollkommenen intellektuellen Unfähigkeit, wenn sie sich die Richtlinien ihrer Politik von der Partei des Proletariats, ihren schärfsten Gegnern, vorzeichnen lassen müssen.

Waffenstillstandsbedingungen Frankreichs.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Herbertie legt im Temps seine persönliche Auffassung über die nächsten Aufgaben der Alliierten dar. Ähnliches wird in einigen offiziellen Informationen gesagt. Danach soll London und Paris noch etwas warten. Welche Regierungen müßten erklären, daß sie vor Ende Juni nicht auf das deutsche Memorandum antworten werden, um sich in aller Ruhe in diplomatischen Verhandlungen mit Ausschluß jeder Öffentlichkeit über die Reparationsfrage auszusprechen. Wenn das Deutsche Reich mit seiner Kraft zu Ende und die Einheitsfront wieder geschlossen sei, werde der passive Widerstand von selbst aufhören. Die Frage des Waffenstillstandes, den die englische Regierung wünscht, behandelt der Temps ausführlich. Er sagt: Frankreich sei stark genug, um sich gemächert zu zeigen, obwohl die letzten Kanzlerreden nicht die Absicht verrieten, der Streit aufzugeben. Aber, fragt er, wie soll dieser provisorische Friedenszustand aussehen. Die Reichsregierung und die preussische Regierung hätten alles zu tun, was in ihrer Macht stehe, um dem Widerstand ein Ende zu machen und ihre Landesangehörigen zu loyaler Zusammenarbeit mit den Besatzungsorganen zu bringen. Wenn die Kohlenlieferung und die Anstlieferung der Röhre und der Bahnverkehr wieder im Gang seien, dann sei die Lage so hergestellt, wie sie am 1. Januar von der französischen und belgischen Regierung gebildet war. Die Zivilverwaltung übernehme die

wichtigste Tätigkeit. Der militärische Charakter der Besetzung trete zurück. Aber nach einer Besetzung von fünf Monaten, die nicht spurlos vorübergegangen sei, müßten zwei Vorbehalte gemacht werden: Da die Erregung der Bevölkerung noch immer den Soldaten und Ingenieuren der Besatzungsgruppen gefährlich werden könnte, müßte das französische und belgische Oberkommando die Möglichkeit behalten, alle etwa notwendigen Schutzmaßnahmen anzuordnen. Es müßte auch verhindert werden, daß die große Menge der angeammelten Fabrikate auf einmal zu den durch die Marktentwertung herabgedrückten Preisen auf den Markt geworfen werden. Wenn diese Bedingungen von Deutschland angenommen würden, sei eine Entspannung nicht unmöglich. England hätte zudem ein leichtes Mittel, zur Verständigung und Beruhigung beizutragen. Es brauchte nur einige Abteilungen seiner Truppen ins besetzte Gebiet zu schicken.

So wenig akzeptabel dieser Vorschlag für Deutschland ist, so ist es doch immerhin bemerkenswert, daß das halbamtliche Regierungsorgan der französischen Regierung den Gedanken eines Waffenstillstandes zu diskutieren beginnt.

Eingehende Besprechungen zwischen Paris und London.

(T.) Paris, 14. Juni. Die diplomatischen Besprechungen zwischen Paris und London dauern fort. Gestern spät abends hat der englische Premierminister dem französischen Botschafter durch das Foreign Office einen ausführlichen Fragebogen zugesandt, in dem Frankreich und Belgien um genaue Angaben hinsichtlich der Einstellung des passiven Widerstands, die von Deutschland gefordert werden sollen, ersucht werden. Ferner wird an die Mächte die Bitte ausgesprochen, genaue Angaben zu machen, wie sie sich das Ende des passiven Widerstands denken und die schrittweise Räumung nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen auffassen. Das Dokument, so erklärt der Petit Parisien heute früh, lasse erkennen, in welcher Richtung England einen Vergleich sucht. Es dürfte eine diplomatische Note erwartet werden, in der die englische Politik in festen Umrissen zum Ausdruck kommt. Die Unterhandlungen zwischen den beiden Kabinetten und wahrheitsgemäß auch zwischen den übrigen Verbündeten werden in a u s g e d e h n t e m Umfang durch Vermittlung der Kanzleien bis zu dem Augenblick fortgesetzt, wo die jetzt noch aneinandergehenden Standpunkte einander näher gebracht wurden. In Londoner offiziellen Kreisen gibt man sich nach dem genannten Blatt der Zuversicht hin, daß, welches auch die zur Zeit im Wege stehenden Hindernisse immer sein mögen, schließlich doch eine Verständigung erzielt werden kann.

Im Zusammenhang damit erwähnt Petit Parisien, daß gewisse, der Regierung besonders nahestehende Londoner Kreise sich gestern über die Möglichkeit einer baldigen Begegnung zwischen Stanton Baldwin und Poincaré ausgelassen haben. Eine Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern könnte, so meint man in diesen Kreisen, zu einer schnellen Annäherung der beiden Länder in glücklicher Weise beitragen. Dazu schreibt der Londoner Korrespondent des Echo de Paris, er könne aus bester Quelle versichern, daß man gestern abend in Londoner offiziellen Kreisen dem englischen Premierminister in sehr dringender Weise nahegelegt habe, so schnell wie möglich die Zusammenkunft mit Poincaré herbeizuführen. Es ist daher wohl möglich, daß die schon vor einiger Zeit angekündigte Begegnung zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten zustande kommt. Wie hier angenommen wird, dürfte dies die Voraussetzung dafür sein, daß die zwischen den beiden Kanzleien gepflogenen Verhandlungen um ein gutes Stück weitergebracht werden.

Genossen und Genossinnen!

Lehnt den Beschluß der Betriebsversammlungen ab, in denen durch die KPD. erneut die Frage des gemeinsamen, Selbstschutzes zur Aussprache gestellt wird. Die Gesamtfunktionäre der Partei saßten am 8. Juni folgenden Beschluß:

Die Erfahrungen am Mittwoch, dem 6. 6. 23, haben gelehrt, daß der Beschluß der Kreisgeneralversammlung Groß-Weipzig am 20. 4. 23, einen gemeinschaftlichen Selbstschutz und aufgebaut in den Betrieben, mit den Kommunisten abzuschließen, richtig war.

Die Funktionäre und Betriebsobleute der KPD. Groß-Weipzig erklären, daß an diesem Beschluß festgehalten werden muß.

Diese Aussprachen bedeuten nur weitere Zerklüftung, nicht Einigung der Arbeiterklasse. Nicht neue Beschlüsse, sondern Taten, die getragen sind von dem ehrlichen Willen eines gemeinsamen Handelns, werden obigen Beschluß revidieren und die gewünschte und notwendige Einheitsfront herbeiführen. Möge in den Betrieben jeder sein Teil dazu beitragen, daß das gegenseitige Vertrauen wieder seinen Platz finden kann.

KPD. Groß-Weipzig. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Der Zukunftsstaat des Trustkapitals.

E. Gr. Die Revolution gebar das Deutschland der „vollendeten Demokratie“. Nun ja: demokratische Verfassung — sogar ein Sozialdemokrat als Reichspräsident —, demokratische Wahlen —, ihr Charakteristikum: sie werden meist verschoben, und wenn sie nicht verschoben werden, werden sie geschoben, und wenn sie nicht geschoben werden können, werden sie verschoben —; Volkssentscheid und Volksbegehren — auf dem Papier; glücklicherweise; der Himmel bewahre uns vor dem schweizerischen Allsonntagsvergnügen des Referendums —, demokratischer „Geist“ in den Regierungsstellen — meist mit dem Vermerk: zu den Akten — und eine parlamentarische Regierung, bei der die richtige Parteidotierung innerhalb der kaleidoskopartig wechselnden Koalitionen die Hauptsache, das Regieren Nebensache ist.

Das Regieren besorgen nämlich doch andere Leute. Und vor lauter Wort- und Deklamationsdemokratie kommt uns gar nicht zum Bewußtsein, daß der bisherige Staat mehr und mehr ein Truggebilde wird.

Der heutige Staat, die heutigen Staaten sind in Gefahr. Möglicherweise über eine Weltkatastrophe von erschütterndster Tragik hinweg ändern sie Form und Struktur. In den schwächeren, durch den Weltkrieg gestürzten Staaten zuerst, weil hier die Widerstände am geringsten sind.

Wir wollen uns nicht täuschen: der heutige Staat ist nichts weniger als ideal. Das Wesen des Staates hat sich im Grunde auch heute noch nicht geändert. „Er ist“, wie Oppenheimer sich ausdrückt, „eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezogen wurde zu dem einzigen Zweck, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern.“ Nur — die politischen Mühlen mahlen langsamer als die ökonomischen. Der fürstliche Absolutismus reicht noch weit ins Zeitalter des „liberalen“ Kapitalismus hinein. Aber der liberale Kapitalismus braucht schließlich doch die Fiktion des demokratischen Staates. Kein Dörflein, kein Gutsbezirk, keine Landtruppe, die nicht der private Kapitalismus in seinen Bannkreis zieht. Die alles nivellierende Wahlurne, das ins Land hinaus parlierende Parlament — in diesem Zeichen siegte die privatkapitalistische Klasse; die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, soll heißen: die „...kratie“ lediglich der Kapitalisten und für die Kapitalisten. Und, da diese Klasse sich bedenkenmäßig über das Land legte, „soweit die deutsche Zunge klingt“: national nivellierende Demokratie; „von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt“. Veranschaulicht das: civis germanus sum. (Vorausgesetzt, daß man über die nötigen Moneten verfügt!) Wurde einer von ihnen draußen scheinbar angefaßt, mußte das ganze Volk solidarisch für seine Ehre und für seinen Geldsack haften.

Das empfindlichste Organ dieses gleichsam auf die Horizontale eingestellten Staates ist die Grenze. Jede Einbeulung von draußen mindert den Profittpielraum für die kapitalistische Fettschicht, die sich glänzend oben auf schwimmt. Nationalismus — hieß ein Geschäft, das der Staat garantierte.

Das ist schließlich auch der Grundzug der deutschen Republik Weimarer Prägung. Aber es sind schon hippokratrische Züge. Deutlich machen sich von Tag zu Tag mehr Verfallserscheinungen hier und auch anderswo jenseits der Grenzpfähle bemerkbar. Grenzen sind labil geworden. Verfallungsparagrafen werden durch Verordnungen außer Kurs gesetzt. Staaten im Staate etablieren sich, Gesetze werden ausgehöhlt.

Die Fasziisten? Wir wollen die Gefahr, die von ihnen droht, nicht unterschätzen. Auch Paviane können gefährlich werden, wenn sie rubeleiweise und heimtückisch dem Einzelnen gegenüberreten. Aber setzt diese Fasziisten-Affen einmal an die Futterkrippe — hei, das wird ein Fressen werden! — Nein, die Fasziisten sind keine Revolutionäre. Jedoch: *Sinnes ante portas!* (Sinnes steht vor den Toren!)

Stinnes nicht als Persönlichkeit, sondern als Name für den neuen Kapitalismus, den Kapitalismus von heute und morgen.

Dieser Kapitalismus kennt nicht die Demokratie, die Solidarität innerhalb der kapitalistischen Klasse. Es ist rücksichtslos, brutal, unerbittlich. Er kennt nur das Vorrrecht der mächtigsten Kapitalisten, der Sachwertriesen, die ihre Macht auf die Gebiete stützen, wo das Wirtschaftsweisen am stärksten konzentriert ist. Für ihn ist das Volk — ein Produktionsmittel. Demokratie — gewiß; aber nur für Aufsichtsräte (evtl. mit Konzessionszulagen aus der Arbeiterschaft; aber nur, wenn es sich lohnt). Rücksicht auf die kleineren und mittleren Aussch-Kapitalisten? Aber warum denn?

Was sind diesem Kapitalismus Grenzen? Was ist ihm die Nationalität? Ruhrloks und Minette gehören zusammen; zwei Völker teilen sich in diese Schätze. Vereinen sie sich zu gemeinsamer friedlicher Arbeit, zu gegenseitigem Austausch der Produkte, zur politischen Verträglichkeit unter Beibehaltung der nationalen und Kulturgrenzen? Weisheit nicht; das wäre ja demokratisch. Wirklich wessensdemokratisch. Dafür erleben wir Tanks und Langrohrgeschütze, Todes- und Zuchthausurteile, Sabotagemahnsinn, Räuberei und Totschlag, — die Welt sieht gespannt zu, denn so zertrümmert das moderne Kapital die Grenzen. Und in den Jangarnen ein und des-